

# Technologiemacht China

**BERICHT** von Georg Erber

Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen  
– Chancen und Risiken 3

**INTERVIEW** mit Georg Erber

»Wirtschaftsförderung für China macht keinen Sinn mehr« 8

**BERICHT** von Christian Dreger und Yanqun Zhang

Inflation in China ist zunehmend hausgemacht 9

**AM AKTUELLEN RAND** Kommentar von Ferdinand Fichtner

Nach der Schicksalswoche: Zu kurz gesprungen 16



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
78. Jahrgang  
14. Dezember 2011

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Sabine Fiedler

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
PD Dr. Elke Holst  
Dr. WolfPeter Schill

#### Lektorat

Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Georg Erber

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Jahresabo zum Vorzugspreis:** Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

**Studenten-Abo:** Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

**Probe-Abo:** Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.  
leserservice@diw.de

#### Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:  
Telefon (030) 89789-245  
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements  
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

## RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

### Die industriellen Investitionen im Gebiet der Bundesrepublik im Jahre 1960

Das Jahr 1960 wurde durch ein ungewöhnlich starkes Wachstum der Investitionstätigkeit innerhalb und außerhalb der Industrie gekennzeichnet. Im Durchschnitt der gesamten Industrie nahmen die nominalen Investitionsaufwendungen 1959/60 um 23,5 vH auf 16,95 Mrd. DM zu. Besonders hoch war – wie schon 1958/59 – der Zuwachs bei den Investitionsgüterindustrien (36,4 vH). An zweiter Stelle rangieren die Verbrauchsgüterindustrien, die mit + 27,9 vH einen seit der Währungsreform nicht wieder erreichten Jahreszuwachs ihrer Anlageinvestitionen erzielten. Bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ergab sich insgesamt ein leicht unterdurchschnittlicher, trotzdem aber sehr kräftiger Zuwachs von 22 vH. Deutlich unter dem Durchschnitt lag mit 16 vH ferner die Zuwachsrate bei den Nahrungs- und Genussmittelindustrien, während im Bergbau die seit Jahren gewohnte, schwache Entwicklung andauerte.

Die Investitionstätigkeit der westdeutschen Industrie war 1960 und ist auch 1961 nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell beeinflusst. Strukturelle Probleme ergeben sich besonders für viele konsumnahe Industriezweige, die sich bisher der Konkurrenz mancher der anderen EWG-Länder etwas weniger gewachsen zeigten als die meisten Investitionsgüterindustrien. Die starke Investitionszunahme in diesem Bereich ist denn auch weniger ein Zeichen der im Jahre 1960 entsprechend verbesserten Ertragslage als ein Ergebnis des Entschlusses, sich auf den europäischen Märkten besser als bisher zu behaupten bzw. durchzusetzen.

aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 15. Dezember 1961

# Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen – Chancen und Risiken

Von Georg Erber

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten außerordentlich positiv entwickelt. China ist zu einem der wichtigsten Handelspartner Deutschlands aufgestiegen und könnte im kommenden Jahr bereits nach Frankreich an die zweite Stelle rücken. Jedoch wandelt sich China zunehmend zu einem Investitionsgüterproduzenten und wird so immer stärker mit deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten konkurrieren. Anzeichen mehren sich, dass China durch die massive direkte und indirekte Subventionierung seiner Unternehmen einen Verdrängungswettbewerb herbeiführt, der mit dem Modell eines freien Warenhandels im Rahmen der WTO-Regeln immer weniger vereinbar ist. Aktuelle Beispiele finden sich insbesondere bei der Produktion von Windkraftanlagen, Photovoltaik und demnächst wohl auch bei Hochgeschwindigkeitszügen sowie der Nutzung des Quasimonopols bei Seltenen Erden. Auch in anderen Bereichen der Spitzentechnologie werden die Rivalitäten voraussichtlich zunehmen. Eine vorausschauende Industrie-, Innovations- und Handelspolitik muss deshalb darauf achten, dass es nicht zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen in den Wirtschaftsbeziehungen mit China kommt.

Die chinesische Wirtschaft hat sich mit den durch Deng Xiaoping Ende der 70er Jahre eingeleiteten Wirtschaftsreformen zu einer sozialistischen Marktwirtschaft mit spezifischen Merkmalen entwickelt und einen rasanten wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber den westlichen Industrieländern vollzogen. Das reale Bruttoinlandsprodukt Chinas hat 1994 die Produktion Deutschlands und 2001 das Niveau von Japan erreicht. Voraussichtlich im Jahr 2016 wird die USA eingeholt<sup>1</sup> (Abbildung 1). Der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 ermöglichte es China, sich im Welthandel aufgrund niedriger Lohn- und Gehaltskosten und eines günstigen Wechselkurses rasch durch exportorientiertes Wirtschaftswachstum und massiven Technologietransfer aus dem Ausland nach vorn zu schieben.

Insbesondere während der Asienkrise 1998 und der weltweiten Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 erwies sich Chinas Wirtschaftswachstum als robust. Dies beruhte auch auf konjunkturstimulierenden Maßnahmen.<sup>2</sup> Zuletzt war China einer der großen weltweiten Wachstumstreiber. Diese Entwicklung dürfte sich auch im kommenden Jahr fortsetzen, zumindest, wenn sich die Schuldenkrise im Euroraum nicht weiter verschärft (Abbildung 2).

## Bisher gute wirtschaftliche Zusammenarbeit ...

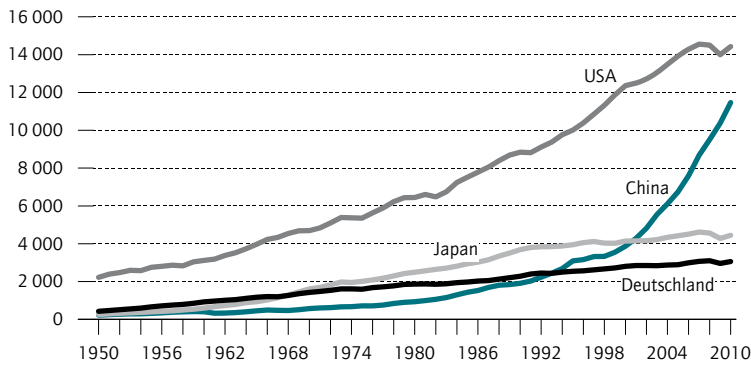
Deutschland hat als große Exportnation insbesondere in der Automobilindustrie und im Maschinenbau vom rasch wachsenden chinesischen Binnenmarkt profitiert. Umgekehrt ist China insbesondere im Bereich der In-

<sup>1</sup> Berechnet in EKS-Kaufkraftparitäten, Preisbasis 2010. EKS = Multilateraler Fisher Index nach Eltoto, Kovacs und Szulc. Siehe hierzu Conference Board (2011): Productivity, Employment, and Growth in the World's Economies, Total Economy Database™, Update, New York, September 2011; Jingli, S. (2011): China's economy to surpass US in 2016: IMF. China Daily vom 26. April.

<sup>2</sup> Dreger, C., Zhang, Y. (2011): The Chinese Impact on GDP Growth and Inflation in the Industrial Countries. DIW-Diskussionspapier Nr. 1151.

Abbildung 1

**Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>1</sup>**  
In Milliarden US-Dollar



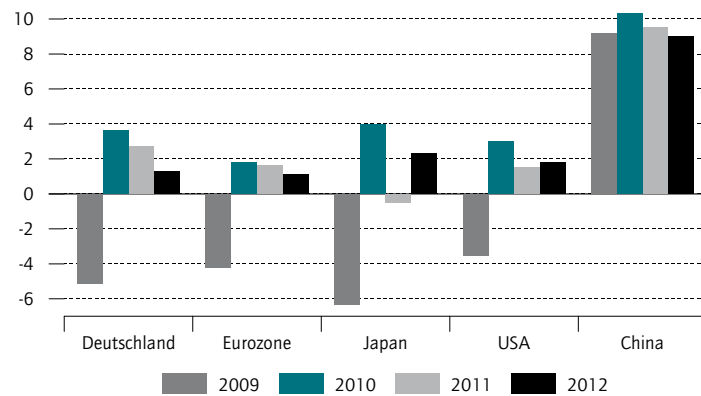
<sup>1</sup> Preisbasis 2010, Umrechnung erfolgte mittels EKS-Kaufkraftparitäten des Jahres 2005.  
Quelle: Conference Board, Total Economy Datenbank.

© DIW Berlin 2011

Insbesondere seit dem WTO-Beitritt 2001 holt China rasant auf.

Abbildung 2

**Reale Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts**  
In Prozent



Quelle: IWF, WEO September 2011.

© DIW Berlin 2011

Auch im Krisenjahr 2009 erwies sich Chinas Wirtschaftswachstum als robust.

formations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu einem wichtigen Exporteur und Zulieferer der deutschen Industrie geworden. Dies führte im ersten Halbjahr 2011 zu einem Handelsbilanzdefizit für Deutschland von 6,1 Milliarden Euro.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Destatis (2011): Außenhandel 1. Halbjahr 2011: Exporte steigen um 14,7 Prozent. Pressemitteilung Nr. 340 vom 15. September 2011.

Mit der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung hat China für die deutsche Industrie als Produktionsstandort in der globalen Wertschöpfungskette eine herausragende Bedeutung erlangt. China wird voraussichtlich in diesem Jahr bereits der viertgrößte Handelspartner Deutschlands sein, übertroffen nur von Frankreich, den USA und den Niederlanden.<sup>4</sup> Im kommenden Jahr könnte China sogar nach Frankreich auf den zweiten Platz vorrücken. Im ersten Halbjahr 2011 stiegen die Exporte nach China um 25,2 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2010, während die deutschen Exporte insgesamt um 14,7 Prozent zunahmen. Der Handel Deutschlands mit Ländern innerhalb der EU27 legte nur um 13,4 Prozent zu (Abbildung 3).

Deutschland ist es als Exportnation besser als anderen europäischen Staaten gelungen, an der Integration Chinas in die Weltwirtschaft zu partizipieren. Dagegen mussten Industrieländer, die von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart betroffen waren, Wachstumseinbußen hinnehmen, da sie nicht ähnlich erfolgreich auf diese Märkte ausweichen konnten.

Für Europas gesamte Ausfuhren ist China ebenfalls zum wichtigsten Wachstumsmarkt geworden.<sup>5</sup> Im Jahr 2010 exportierten die EU-27-Staaten dorthin Güter und Dienstleistungen im Wert von 113,1 Milliarden Euro. Trotzdem stieg das Handelsbilanzdefizit zwischen der EU und China im vergangenen Jahr auf 168,6 Milliarden Euro. Deutschland nimmt vor allem bei den Ausfuhren nach China eine Vorreiterrolle ein, so dass hier die ungleichgewichtige Entwicklung des Außenhandels mit China weniger deutlich hervorsteht.

Europa exportiert hauptsächlich Maschinen und Fahrzeuge (rund 60 Prozent aller Exporte im Jahr 2010) sowie Chemikalien und Rohstoffe. Aus China importiert werden im Gegenzug hauptsächlich Bekleidung und IKT-Produkte. Bei letzteren hat China bereits die USA als weltweit führenden Lieferanten abgelöst.<sup>6</sup>

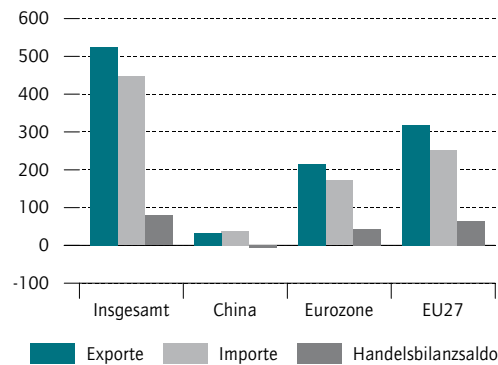
China ist intensiv darum bemüht, bei den Hightechbereichen zu den führenden Herstellern aufzuschließen. Parallel dazu führt der Ausbau der Infrastruktur des Landes zur Schaffung von Vorzeigeprojekten, die

<sup>4</sup> Kaelble, M. (2011): China steigt zum viertgrößten Exportmarkt auf. Financial Times Deutschland vom 11. November 2011.  
<sup>5</sup> Eurostat: Gipfel EU - China / Starker Anstieg der EU27 Ausfuhren nach China in der ersten Jahreshälfte 2010 / China ist der zweitgrößte Handelspartner der EU27 STAT/10/1475.  
<sup>6</sup> China hatte bereits im Jahr 2008 einen Handelsbilanzüberschuss bei IKT-Gütern von 125, 240 Milliarden US-Dollar bei einem gesamten Handelsvolumen von 735,707 Milliarden US-Dollar erzielt. Die USA dagegen verzeichneten einen Handelsbilanzdefizit von 112,933 Milliarden US-Dollar bei einem Handelsvolumen von 460,832 Milliarden US-Dollar. Vgl. hierzu OECD (2010): Information Technology Outlook - 2010. OECD, Paris.

Abbildung 3

**Außenhandel Deutschlands mit China, der Eurozone und der EU27 im 1. Halbjahr 2011**

In Milliarden Euro



Quelle: destatis, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

die Grundlage für zukünftige Exportstrategien bilden. Insbesondere der Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes für den Zugverkehr hat in den letzten vier bis fünf Jahren einen Betrag von mehr als 300 Milliarden US-Dollar verschlungen.<sup>7</sup> Diese Industriepolitik zieht einen weiter steigenden hohen Rohstoffbedarf nach sich. Deutschland und China, aber auch Japan, könnten des Weiteren unter wachsenden internationalen Druck der Defizitländer, insbesondere der USA, kommen, ihre Überschüsse stärker abzubauen (Abbildung 4).

**... jedoch steigendes Risiko von Spannungen bei den Wirtschaftsbeziehungen**

Mit dem Auf- und Ausbau einer eigenen Investitionsgüterindustrie dürfte sich die Wettbewerbsintensität gegenüber der deutschen Industrie zukünftig erhöhen. China unternimmt massive Anstrengungen, sein heimisches Innovationssystem auszubauen, um bis zum Jahr 2020 weltweit auch hier führend zu sein.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Seit vier Jahren verkehren Hochgeschwindigkeitszüge, und das Streckennetz dafür beträgt 8 400 km. Zuletzt wurde die Strecke Beijing-Shanghai eröffnet. Es soll auf etwa die doppelte Länge ausgebaut werden. Allerdings verläuft diese Entwicklung nicht ganz reibungslos. Vgl. hierzu Yang, X. (2011): Störfall im Harmonie-Express. Spiegel Online, 21. Juli 2011. Dadurch wurden erhebliche Zusatzinvestitionen erforderlich. Vgl. Dingding, X., Yong, W. (2011): \$31 b govt stimulus to revive railway projects. China Daily vom 2. November 2011. China plant jedoch diese Technologie weiterhin weltweit zu exportieren. Damit tritt man auch in direkte Konkurrenz zu den deutschen ICE-Hochgeschwindigkeitszügen.

<sup>8</sup> Hagemann, H., Christ, J.P., Rukwid, R., Erber, G. (2011): Die Bedeutung von Innovationsclustern, sektoralen und regionalen Innovationssystemen zur Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft. Hohenheim; sowie Erber, G., Hagemann, H. (2008): Die Rolle staatlicher Institutionen in asiatischen Innovationssystemen. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 77 (2), 95-112.

Zuletzt hat China insbesondere im Bereich der Photovoltaik durch preisgünstige Exporte seinen Marktanteil weltweit stark ausgeweitet. So ist Deutschlands Weltmarktanteil bei Photovoltaikprodukten seit dem Jahr 2004 von 69 auf 21 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum hat China seinen Anteil von sieben auf 45 Prozent ausgedehnt.<sup>9</sup> Dies führt zu Spannungen im Handel mit diesen Produkten, da die deutschen Photovoltaikhersteller deutliche Absatzeinbußen hinnehmen mussten. So hat beispielsweise das Unternehmen SolarWorld bei der WTO gegen Dumpingpraktiken Chinas geklagt.<sup>10</sup>

Daneben bestehen Handelshemmnisse bei den Exporten von Windkraftanlagen nach China, da bei der Vergabe von Aufträgen einheimische Hersteller wie Sino-vel oder Xinjiang Goldwind Science and Technology von staatlichen Auftraggebern bevorzugt behandelt werden.<sup>11</sup> Wegen der massiven Unterstützung der Windkrafttechnologie in China hat die UN bereits Entwicklungsgelder der Industrieländer aus dem Fonds Clean Development gestoppt. Hinzu kommen Vorwürfe der Industriespionage gegen chinesische Unternehmen wie

<sup>9</sup> Groba, F., Kempf, C. (2011): Erneuerbare Energien: Deutschland baut Technologie-Exporte aus. DIW-Wochenbericht Nr. 45.

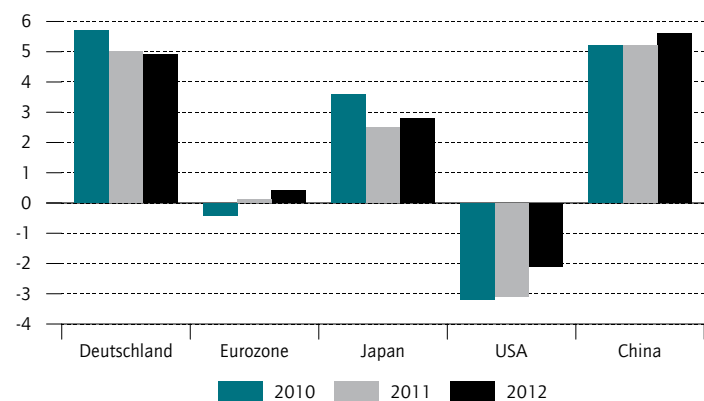
<sup>10</sup> Zugleich hat die International Trade Commission des US-Kongresses auch einer Beschwerde von SolarWorld am 2. Dezember 2011 stattgegeben und in einer Entscheidung beider Kongressparteien Strafzölle und Anti-Dumping-Maßnahmen eingeleitet; Bloomberg News (2011): China Rejects U.S. Trade Ruling That Solar Imports Harm Industry. Bloomberg News vom 4. Dezember.

<sup>11</sup> Niewöhner, J. (2011): Repower zieht sich aus chinesischem Windmarkt zurück. Green Financials vom 25. Oktober.

Abbildung 4

**Zahlungsbilanzsalden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt**

In Prozent



Quelle: IWF, WEO September 2011.

© DIW Berlin 2011

den Windanlagenhersteller Sinovel.<sup>12</sup> Schließlich nehmen die Spannungen über die Preis- und Exportpolitik Chinas bei Seltenen Erden zu. Dort verfügt China derzeit über ein Quasimonopol.<sup>13</sup>

Dabei kommt dem Zusammenspiel zwischen Regierung, Unternehmen, Banken und der State-owned Assets Supervision and Administration Commission (SASAC) die Schlüsselrolle zu. Ziel ist die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen von Target-Industrien und -Technologien auf den Weltmärkten und der Schutz des heimischen Marktes.<sup>14</sup>

Eine wichtige Rolle spielt der Ausgleich von Verlusten bei expansiven Markterschließungsstrategien chinesischer Staatsunternehmen, an dem das staatlich kontrollierte Bankensystem beteiligt ist.<sup>15</sup> Etwa die Hälfte der Wertschöpfung der chinesischen Volkswirtschaft außerhalb des Landwirtschaftssektors wird direkt oder indirekt staatlich kontrolliert. Hinzu kommt, dass die Regierung ausländische Unternehmen oftmals zu Joint Ventures mit chinesischen Staatsbetrieben oder mit staatlich kontrollierten Unternehmen zwingt.

Die andere Hälfte der chinesischen Wertschöpfung besteht aus privaten Unternehmen, die sich weitgehend über ein Schattenbankensystem finanzieren, da der Zugang zu den staatlichen Finanzinstituten erschwert ist.<sup>16</sup>

### China ist Schwerpunkt der Direktinvestitionen Deutschlands in Asien ...

Die deutsche Wirtschaft hat seit der Öffnung Chinas ihre Direktinvestitionen kräftig ausgeweitet. Sie erreichten im Jahr 2009 (einschließlich Hongkong) ein Niveau von fast 25 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu fallen die Aktivitäten in Japan mit 8,4 Milliarden Euro deutlich

<sup>12</sup> Hille, K., Dyer, G., Harvey, F. (2009): UN halts funds to China wind farms. Financial Times vom 1. Dezember; Werner, K. (2011): Industriespionage wirbelt Windindustrie durcheinander. Financial Times Deutschland vom 22. September.

<sup>13</sup> Hilpert, H. G., Kröger, A. E. (2011): Chinesisches Monopol bei Seltenen Erden: Risiko für die Hochtechnologie. DIW-Wochenbericht Nr. 19.

<sup>14</sup> Im aktuellen Fünfjahresplan, der im März dieses Jahres vom Chinesischen Volkskongress verabschiedet wurde, werden dabei sieben strategische emerging industries (Clean Energy Technology, Next-Generation IT, Biotechnology, High-End Equipment Manufacturing, Alternative Energy, New Materials, Clean Energy Vehicles) genannt. Vgl. hierzu Casey, J., Koleski, K. (2011): Backgrounder: China's 12th Five-Year Plan, U.S.-China Trade and Security Review Commission, One Hundred Twelfth Congress, Washington D.C., 24. Juni 2011.

<sup>15</sup> Ferri, G., Liu, L.-G. (2009): Honor Thy Creditors Before Thy Shareholders: Are the Profits of Chinese State-Owned Enterprises Real? HKIMR Working Paper No. 16/2009, Hong Kong Institute for Monetary Research, Hong Kong.

<sup>16</sup> Szamosszegi, A., Cole Kyle, C. (2011): An Analysis of State-owned Enterprises and State Capitalism in China, U.S.-China Economic and Security Review Commission, Washington D.C., 26. Oktober 2011.

geringer aus (Abbildung 5).<sup>17</sup> Bisher hat sich der Anstieg der Direktinvestitionen komplementär zur Ausweitung der Ausfuhren vollzogen: Trotz teilweiser Verlagerung von Produktionsstätten aus Deutschland nach China gingen die Ausfuhren nicht zurück.

### ... aber Chinas Direktinvestitionen in Deutschland sind bisher nur gering

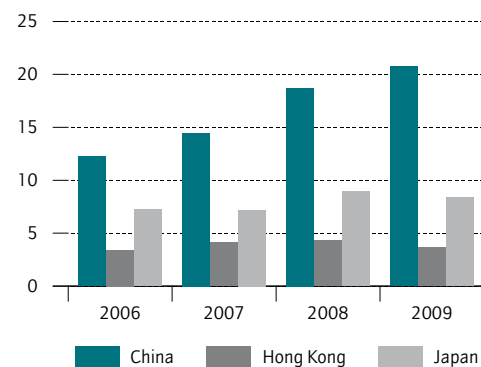
Im Vergleich zum Anstieg der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China liegen die von China in Deutschland getätigten Direktinvestitionen bisher auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Jahr 2009 betragen sie nur 0,8 Milliarden Euro (Abbildung 6). Das könnte sich jedoch in der Zukunft deutlich ändern, da China im Zug seiner Industrialisierung verstärkt auch eigene Vertriebs-, Reparatur- und Wartungsnetzwerke auf seinen Auslandsmärkten aufbauen wird. Insbesondere im IKT-Bereich vertreiben chinesische Firmen wie Lenovo, Huawei oder HTC ihre Produkte zunehmend direkt in Deutschland. Die Schaffung von Marken, die weltweit wahrgenommen werden, erfordert Niederlassungen in Deutschland und im Euroraum. Bisher ist Deutschland als Produktionsstandort für chinesische Unternehmen wenig attraktiv. Jedoch könnte aufgrund des Bedarfs an Technologien, die bisher im chinesischen Portfolio fehlen, die Übernahme kleiner und mittelständischer

<sup>17</sup> Deutsche Bundesbank (2011): Bestandserhebung über Direktinvestitionen. Statistische Sonderveröffentlichung 10, Frankfurt am Main, April.

Abbildung 5

### Direktinvestitionen' (Bestände) Deutschlands in China, Hong Kong und Japan

In Milliarden Euro



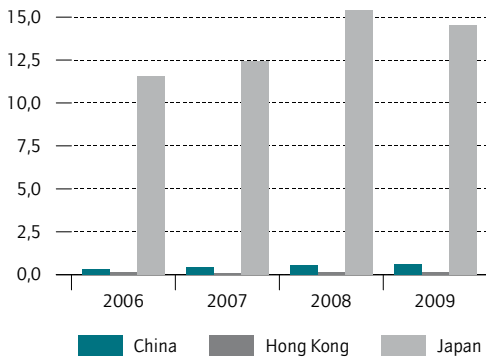
<sup>1</sup> Unmittelbare Direktinvestitionen ohne mittelbare über abhängige Holdinggesellschaften.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Abbildung 6

**Direktinvestitionen<sup>1</sup> (Bestände) Chinas, Hong Kongs und Japans in Deutschland**

In Milliarden Euro



<sup>1</sup> Unmittelbare Direktinvestitionen ohne mittelbare über abhängige Holdinggesellschaften.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2011

Unternehmen an Bedeutung gewinnen. Hierbei könnten sich jedoch auch wettbewerbsrechtliche Probleme ergeben. So führte die Gründung eines Joint Ventures des staatlichen Chemiekonzerns Sinochem mit dem holländischen Unternehmen DSM zu einer Prüfung durch die Wettbewerbsbehörde der EU.<sup>18</sup> Am Ende wurde zwar die Genehmigung erteilt. Allerdings zeigt dies beispielhaft, dass bei zukünftigen Übernahmen und

<sup>18</sup> Economist (2011): Of Emperors and Kings – State Capitalism in China. The Economist vom 12. November.

Fusionen von chinesischen und europäischen Unternehmen durchaus rechtliche und regulatorische Hürden genommen werden müssen.

**Fazit**

Für eine erfolgreiche Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollten geeignete Spezialisierungsmuster beim Intraindustriellen Handel gefunden werden, die beiderseitige Vorteile wahren. Dabei sollte es allerdings nicht zu einem Verdrängungswettbewerb in zentralen Geschäftsfeldern kommen, wie er sich jetzt bereits im Bereich Photovoltaik, Windkraftanlagen oder Hochgeschwindigkeitszüge abzeichnet. Zudem wären Partnerschaften dort vorstellbar, wo keine unmittelbaren Konkurrenzverhältnisse bestehen. Gerade der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China sollte ein warnendes Beispiel sein, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit ein faires Gleichgewicht zwischen den Wirtschaftspartnern voraussetzt, von dem beide Partner profitieren. Hierzu zählt insbesondere eine ausgeglichene Handelsbilanz, so dass die Gefahr von Zahlungsbilanzkrisen gar nicht erst entsteht. Des Weiteren sollte der Technologietransfer auf der Basis der Wahrung der Rechte an geistigem Eigentum möglichst diskriminierungsfrei in beide Richtungen hergestellt werden.

Die Einordnung Chinas als Entwicklungsland im Rahmen internationaler Förderprogramme sollte auf den Prüfstand gestellt werden. China verfügt über genügend eigene finanzielle Ressourcen, um seine Hightech-Entwicklungsstrategie selbständig zu finanzieren. Des Weiteren wäre für einen spannungsfreien Handel darauf zu achten, dass durch die spezifische Form chinesischer strategischer Industriepolitik keine weitgehenden Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

Dr. Georg Erber ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher | gerber@diw.de

JEL: F14, F59, L16

Keywords: Germany, China, economic relations, trade and foreign direct investments



Dr. Georg Erber, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin

## ACHT FRAGEN AN GEORG ERBER

# »Wirtschaftsförderung für China macht keinen Sinn mehr«

1. Herr Dr. Erber, wie wichtig sind die Wirtschaftsbeziehungen zu China? Die Volksrepublik China ist in den letzten Jahren zu einem unserer wichtigsten Handelspartner aufgestiegen. Sie steht inzwischen auf Platz vier nach Frankreich, den USA und den Niederlanden. Im nächsten Jahr schon könnte China der zweitwichtigste Handelspartner Deutschlands sein.
2. Wie haben sich die Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren entwickelt? Durch den Unterschied in den Produktangeboten sind die Handelsbeziehungen sehr positiv gewesen, weil es Deutschland gelungen ist, als Automobil- und Maschinenhersteller im Bereich der Investitionsgüter Produkte anzubieten, die in China bisher nicht hergestellt wurden.
3. Wie sieht die Handelsbilanz zwischen China und Deutschland aus? Deutschland hatte im ersten Halbjahr 2011 ein leichtes Handelsbilanzdefizit von 6,1 Milliarden Euro. Trotz unserer großen Exporterfolge wird eben doch sehr viel aus China bezogen und zwar insbesondere Textilien, Bekleidung und Schuhe, aber auch Elektronik. Ein Großteil dessen, was wir in deutschen Elektronikmärkten sehen, sind Produkte, die in China hergestellt werden.
4. China ist mittlerweile die stärkste Exportnation der Welt. In welchen Bereichen macht China der deutschen Wirtschaft Konkurrenz? Es bereitet zunehmend Sorge, dass China im Bereich der Umwelttechnologie, also Photovoltaik, Windkraftanlagen etc., sehr stark zu den deutschen Herstellern aufgeholt hat. Was die Weltmarktanteile angeht, wurde Deutschland sogar innerhalb weniger Jahre überholt. Im Bereich der Photovoltaik ist das teilweise schon dramatisch. Das hängt auch mit erheblichen Kostenvorteilen zusammen. Dadurch können chinesische Photovoltaikanlagen in Deutschland zum Teil 30 Prozent billiger angeboten werden. Durch diese Preiskonkurrenz werden deutsche Hersteller bereits deutlich in Verlegenheit gebracht.
5. China ist einer der größten Teilnehmer am freien Warenhandel in der Welt, wirtschaftet aber nach den Prinzipien der sozialistischen Marktwirtschaft. Inwieweit sind diese mit den geltenden WTO-Regeln vereinbar? Das ist problematisch, weil die Hälfte des chinesischen Bruttosozialprodukts direkt oder indirekt durch den Staat kontrolliert wird. Die chinesischen Unternehmen beziehungsweise Staatsbetriebe können insbesondere Verluste, die sie erwirtschaften, durch staatliche Subventionen oder Verlustübernahmen decken lassen. Das führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen.
6. Wie wird sich das wirtschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und China in der Zukunft entwickeln? Solange China dieses hohe Wachstumstempo beibehalten kann, führt das letztendlich dazu, dass die Position Deutschlands gegenüber China eher schwächer als stärker wird. Dazu trägt natürlich die derzeitige Eurokrise zusätzlich bei.
7. Müssen wir uns angesichts Chinas Wirtschaftskraft nicht von dem Begriff „Schwellenland“ verabschieden? Ich denke schon. Wenn man sich anschaut, wie viel China mittlerweile für Forschung und Entwicklung aufwendet, wie viele Studenten an chinesischen Hochschulen und an großen Innovationsclustern aktiv sind, dann muss man zur Kenntnis nehmen, dass China auch eine Technologie- und Innovationsmacht geworden ist und in Zukunft noch viel stärker werden wird.
8. Sollte dann die Wirtschaftsförderung für China nicht eingestellt werden? Das ist meine Einschätzung. Ein gutes Beispiel ist die UN-Förderung für Windkraftanlagen in China. China ist Weltmarktführer in der Herstellung von Windturbinen und Windkraftanlagen, und wir fördern das noch mit Entwicklungshilfegeldern. Das macht keinen Sinn.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



# Inflation in China ist zunehmend hausgemacht

Von Christian Dreger und Yanqun Zhang

Die Inflation ist derzeit das beherrschende makroökonomische Problem in China. Seit einigen Monaten werden Preissteigerungsraten von mehr als sechs Prozent verzeichnet. Restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen sind bisher weitgehend wirkungslos geblieben. Die Regierung hat inzwischen eingeräumt, dass sie ihr Inflationsziel von vier Prozent in diesem Jahr wohl nicht mehr erreichen wird. Der Preisschub trifft vor allem arme Familien, die inzwischen bis zur Hälfte ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Hält der Preistrend an, nimmt die Gefahr von sozialen Unruhen zu.

Die Inflation ist zum einen auf die stark steigenden Preise für Lebensmittel, Energie und Rohstoffe zurückzuführen, die in erster Linie an den Weltmärkten gebildet werden. Bei einer Abschwächung der globalen Nachfrage sind sinkende Inflationsraten zu erwarten, ohne dass weitere Eingriffe erforderlich wären. Allerdings tragen binnenwirtschaftliche Faktoren zunehmend zur Inflation bei. Dazu zählen insbesondere Zuwächse bei den Löhnen und der Geldmenge, die deutlich über ihre gleichgewichtigen Niveaus hinausgehen.

Die Inflation hat sich in China zum vorrangigen makroökonomischen Problem entwickelt. Seit einigen Monaten steigen die Preise um mehr als sechs Prozent. Damit sind die hohen Raten, wie sie im Vorfeld der Finanzkrise zu beobachten waren, fast schon wieder erreicht (Abbildung 1). Besonders Lebensmittel, deren Gewicht im Warenkorb mehr als 30 Prozent beträgt, werden rasch teurer. Die Zuwächse liegen in diesem Segment mit 14 Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Besonders kräftig haben die Preise für Fleisch angezogen; sie sind um 30 Prozent höher als im vergangenen Jahr, bei Schweinefleisch sind es sogar 45 Prozent. Dies reflektiert in erster Linie die veränderten Ernährungsgewohnheiten der schnell wachsenden chinesischen Mittelschicht, aber auch eine Tierseuche im Jahr 2007, die zu Angebotsverknappungen geführt hat. Preise für Güter wie Kleidung, Telekommunikation, Freizeit und Bildung haben sich dagegen nur leicht erhöht.

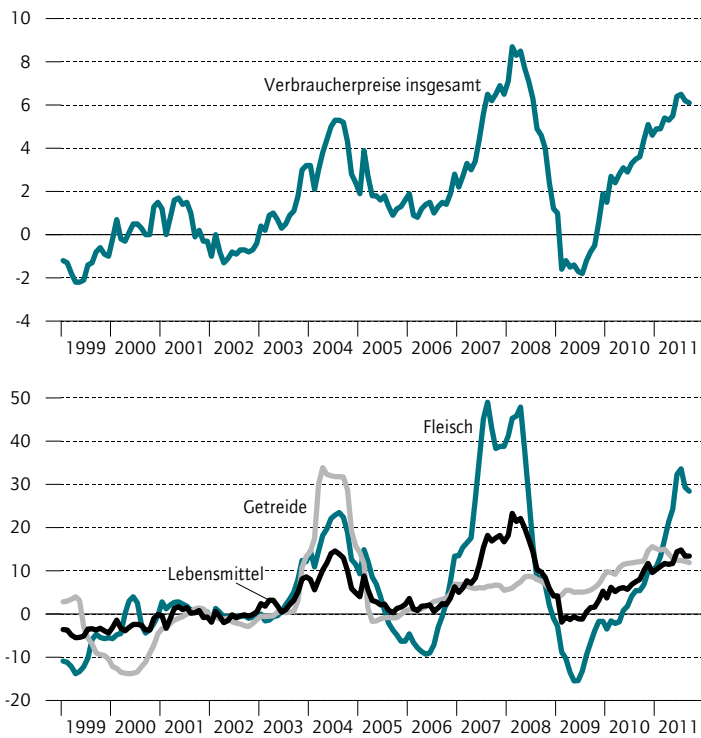
## Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung bisher weitgehend unwirksam

Um die Inflation zu reduzieren, hat die Regierung restriktive Maßnahmen ergriffen. Dazu gehört auch die Einführung von Preisobergrenzen für Grundnahrungsmittel im Herbst 2010. Ein Kurswechsel zeigt sich unter anderem am Automarkt, der 2011 wohl um weniger als fünf Prozent expandieren wird, nach 40 Prozent im vergangenen Jahr. Der Autoboom im Jahr 2010 war allerdings angeheizt durch Steuererleichterungen und Subventionen, die nicht verlängert worden sind. Inzwischen wird die Zulassung von Kraftwagen eingeschränkt, auch um die Verkehrssituation in den Städten zu entlasten. Darüber hinaus hat die Zentralbank bereits mehrfach die Leitzinsen erhöht, so dass sich Unternehmen und Banken weniger Geld leihen können. Daneben sind die Mindestreserveverpflichtungen der Banken angehoben worden, um überschüssige Liquidität vom Markt zu nehmen. Allerdings sind die Eingriffe bisher weitgehend wirkungslos geblieben. Die Regierung hat inzwischen eingeräumt, dass sie ihr Inflationsziel von vier Prozent in diesem Jahr wohl nicht mehr erreichen wird. Der

Abbildung 1

**Entwicklung der Verbraucherpreise**

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Global Insight; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

**Besonders stark hat sich Fleisch verteuert.**

Preisschub trifft vor allem arme Familien, die bis zur Hälfte ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Wenn es nicht gelingt, den Preistrend zu brechen, nimmt die Gefahr von sozialen Unruhen zu.

**Inflation importiert oder hausgemacht?**

Prinzipiell spielen bei Inflation sowohl internationale als auch nationale Faktoren eine Rolle. Die Preise von Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen werden weitgehend an den Weltmärkten gebildet und sind aus chinesischer Sicht kaum beeinflussbar, auch wenn die Nachfrage Chinas keineswegs eine vernachlässigbare Größe ist. Sind die Preise für importierte Lebensmittel und Rohstoffe die entscheidenden Treiber der Inflation in China, werden sich rasch geringere Inflationsraten einstellen, wenn sich die Situation auf den Weltmärkten entspannt. Eine solche Entwicklung hat sich beispielsweise während der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt, als die hohe Inflation innerhalb kurzer Zeit von einer mehrmonatigen Deflation abgelöst wurde.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn die Inflation ihre Triebkräfte im Land selbst hat. So ist die Geldmenge in China im Gefolge der Finanzkrise – 2009 und 2010 – um mehr als die Hälfte erhöht worden. Und auch die Produktions-, insbesondere die Lohnkosten, haben seither deutlich zugelegt: Die Nominallöhne sind 2010 um etwa 15 Prozent gestiegen. Gehen die Preissteigerungen primär auf inländische Faktoren zurück, könnten sie trotz einer Abschwächung der Weltkonjunktur zunächst noch weiter anhalten. Ob es sich in China eher um importierte oder hausgemachte Inflation handelt, lässt sich durch eine ökonometrische Analyse feststellen.

Die internationale Preisentwicklung wird dabei durch den Ölpreis pro Barrel (Sorte Brent) und die Lebensmittelpreise eingefangen. Die nationalen Einflussfaktoren sind durch das Geldmengenwachstum und die Entwicklung der Produktionskosten beschrieben, wobei als Indikator für die zuletzt genannte Variable die Lohndynamik herangezogen wird.

Während die Öl- und Lebensmittelpreise (eventuell verzögert) auf die Verbraucherpreise durchschlagen, beeinflussen die Geldmengen- und die Lohnentwicklung die Inflation nur, wenn sie über ihre gleichgewichtigen Werte hinausgehen. So führen höhere Realeinkommen oder sinkende Opportunitätskosten der Geldhaltung<sup>1</sup> zu einem höheren gewünschten realen Geldbestand (Realkasse). Dieser ist jedoch nicht inflationswirksam, weil er wegen der wirtschaftlichen Entwicklung nachgefragt wird. Und die nominalen Löhne können im Einklang mit der Produktivität und den Inflationserwartungen steigen, ohne dass dadurch zusätzlicher Inflationsdruck entsteht. Zunächst ist also die gleichgewichtige Entwicklung von Geldmengen und Löhnen zu bestimmen. Die Differenz zu den tatsächlich beobachteten Werten ist dann ein Maß für die überschießende Entwicklung bei Geldmenge und Löhnen, die inflationsrelevant werden kann.

**Gleichgewichtige Geldmengen- und Lohnentwicklung**

Die gleichgewichtige Entwicklung des Geldbestandes wird im Kontext mit der Geldnachfrage analysiert. In den meisten Studien wird dabei die Nachfrage nach realer Kassenhaltung erklärt. In den Standardansätzen wird die reale Geldnachfrage in Abhängigkeit von der realen Wirtschaftstätigkeit, die das Transaktionsvolumen in einer Volkswirtschaft abbildet und den Opportuni-

<sup>1</sup> Unter Opportunitätskosten der Geldhaltung werden hier Zinsen (auf die bei Geldhaltung verzichtet wird) und Inflation (die den Wert des gehaltenen Geldes im Vergleich zu Gütern vermindert) verstanden. Siehe auch Dreger, C., Wolters, J. (2009): Money velocity and asset prices in the euro area. *Empirica*, 36 (1), 51-63.

tätskosten der Geldhaltung – bestimmt durch Zinsen und Inflation – modelliert. Steigt das Realeinkommen, nimmt der reale Liquiditätsbedarf zu, um das höhere Transaktionsvolumen bewältigen zu können. Bei einem Anstieg der Opportunitätskosten nimmt die Geldnachfrage ab, weil die Haltung von Geld im Vergleich zu Gütern und Wertpapieren relativ teurer wird. Bei anziehender Inflation ist Geldhaltung weniger attraktiv.<sup>2</sup> Die Regressionsergebnisse

$$(m-p)_t = 5.303 + 1.125 y_t - 0.293 i_t + 0.392 \pi_t$$

(0.094) (0.019) (0.040) (0.182)

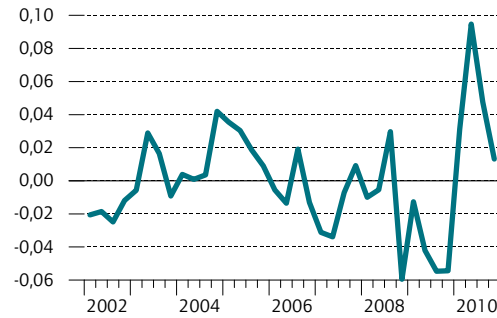
Eigene Berechnungen. Schätzung mit saisonbereinigten Quartalsdaten von Datastream für den Zeitraum von 2002 Q1 bis 2010 Q4. Geldmenge M2 ( $m$ ), Verbraucherpreisindex ( $p$ ), Realeinkommen ( $y$ ), kurzfristiger Nominalzinssatz ( $i$ ), Inflationsrate ( $\pi$ ). Mit Ausnahme des Nominalzinssatzes und der Inflationsrate sind alle Größen logarithmiert. Standardfehler in Klammern unter den Koeffizienten.

machen deutlich, dass eine Standard-Geldnachfragefunktion für China gerechtfertigt werden kann. Die Einkommenselastizität der Geldnachfrage liegt nur wenig über 1, und die Elastizitäten in Bezug auf den Zinssatz und die Inflationsrate sind in den Größenordnungen, die auch für Industrieländer gefunden werden.<sup>3</sup> Die Abweichungen von der Beziehung bauen sich nach Schocks allmählich wieder ab. Damit ist der geschätzte Zusammenhang im Sinn eines langfristigen Gleichgewichts zwischen den realen Geldbeständen und ihren Bestimmungsfaktoren interpretierbar, das den ökonomischen Vorstellungen durchaus entspricht.<sup>4</sup> Abweichungen von dem geschätzten Zusammenhang signalisieren überschüssige Liquidität, die inflationswirksam werden kann (Abbildung 2).

Um das Lohnwachstum zu ermitteln, das potenziell zu einem Anstieg der Inflation führen kann, werden die Reallöhne der Produktivität je Arbeitnehmer gegenübergestellt. Sofern sich Reallöhne und Produktivität parallel zueinander entwickeln, bleibt die einmal er-

Abbildung 2

**Geldmengenüberhang**  
Abweichungen der Geldmenge von ihrem gleichgewichtigen Wert



Auf der Y-Achse sind die Residuen einer Regression dargestellt. Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Schwankungen in der Entwicklung der Geldmenge haben stark zugenommen.

reichte Verteilung der Einkommen auf Löhne und Gewinne bestehen. Steigen die Reallöhne rascher als die Produktivität, kommt es zu Entlassungen oder zu einem Anstieg der Inflation. Dabei ist allerdings zu beachten, dass eine höhere Lohnquote in China wirtschaftspolitisch durchaus gewünscht ist. So wird mit dem neuen Fünfjahresplan 2011–2015 angestrebt, die wirtschaftliche Entwicklung in höherem Maß auf die Binnennachfrage auszurichten. Darüber hinaus sind in vielen Regionen die Mindestlöhne angehoben worden, um sozialen Unruhen entgegenzuwirken, etwa in Shanghai um 15 Prozent. Abbildung 3 zeigt, dass die durchschnittlichen Reallöhne seit der Finanzkrise stärker als die Produktivität zugelegt haben. Darauf deutet auch das Ergebnis einer entsprechenden Regression über den Zeitraum 2002 bis 2010 hin, in der der Koeffizient der Produktivität geringfügig den Wert 1 übersteigt.

$$(w-p)_t = 11.40 + 1.060 (y-l)_t$$

(0.078) (0.019)

Eigene Berechnungen. Schätzung mit saisonbereinigten Quartalsdaten von Datastream für den Zeitraum von 2002 Q1 bis 2010 Q4. Nominallöhne ( $w$ ), Verbraucherpreisindex ( $p$ ), Realeinkommen ( $y$ ), Beschäftigung ( $l$ ). Die Niveaugrößen sind logarithmiert. Standardfehler in Klammern unter den Koeffizienten.

Die Abweichungen von dieser geschätzten langfristigen Beziehung werden als mögliche Determinanten der Inflationsentwicklung herangezogen.

2 Allerdings hat die Variable noch eine Korrekturfunktion. Ihre Einbeziehung ermöglicht es, dass die unterstellte Homogenität zwischen nominaler Geldmenge und Preisen kurzfristig nicht gelten muss. Daher ist die Interpretation des geschätzten Koeffizienten nicht mehr eindeutig. Siehe Dreger, C., Wolters, J. (2010): Investigating M3 money demand in the euro area. *Journal of International Money and Finance*, 29, 111-122.

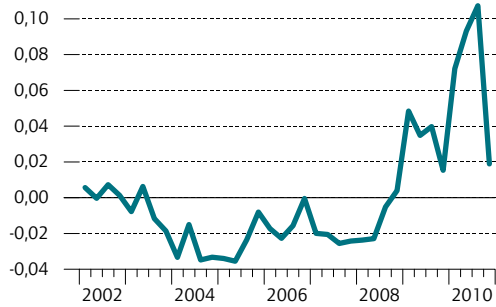
3 Siehe unter anderem Dreger, C., Wolters, J. (2010): M3 money demand and excess liquidity in the euro area. *Public Choice*, 144, 459-472.

4 Dieser Eindruck gilt auch für andere Verhaltensbeziehungen wie die Konsum- und Investitionsnachfrage. Siehe auch Chow, G. C. (2006): Are Chinese official statistics reliable? CESifo Economic Studies, June und ders. (2010): Note on a model of Chinese national income determination. *Economics Letters*, 106, 195-196. Die Bestätigung theoretischer Vorstellungen spricht durchaus für die Qualität chinesischer Daten.

Abbildung 3

**Lohnüberhang**

Abweichungen der Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung



Auf der Y-Achse sind die Residuen einer Regression dargestellt. Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Lohnzuwächse gehen deutlich über das Produktivitätswachstum hinaus.

**Determinanten der Inflation**

Nachdem die Referenzgrößen für die Geldmengen- und die Reallohnentwicklung bestimmt sind, wird ein Regressionsmodell für die Inflation spezifiziert.

$$\pi_t = 0.003 + 0.012 \Delta oil_t + 0.127 \Delta meat_t + 0.065 dm_{t-3} +$$

(0.001) (0.004) (0.015) (0.027)

$$0.080 dw_{t-3} + 0.198 \pi_{t-1}$$

(0.024) (0.095)

$$R^2 = 0.802, Q(1) = 0.976, Q(4) = 9.506,$$

(0.323) (0.051)

$$ARCH(1) = 0.149, JB = 0.775$$

(0.703) (0.679)

Eigene Berechnungen. Saisonbereinigte Quartalsdaten, Zeitraum von 2002Q1 bis 2010Q4. Inflationsrate ( $\pi$ ), Ölpreise ( $oil$ ), Fleischpreise ( $meat$ ), überschüssige Liquidität ( $m$ ) und überschießende Löhne ( $rw$ ). Alle Größen sind logarithmiert.  $\Delta$  bezeichnet den Erste-Differenzen-Operator.  $R^2$  ist das korrigierte Bestimmtheitsmaß.  $Q$ -Test auf Autokorrelation,  $ARCH$ -Test auf Heteroskedastizität und Jarque-Bera ( $JB$ ) Test auf normalverteilte Residuen. Die entsprechende Lag-Ordnung wird in Klammern hinter der jeweiligen Teststatistik ausgewiesen. Werte in Klammern unter den Regressionskoeffizienten sind Standardfehler, unter den Teststatistiken  $p$ -Werte.

gen. Auch die gängigen Tests liefern kein Indiz gegen die Spezifikation.<sup>5</sup>

Die Ergebnisse besagen, dass steigende Öl- und vor allem Lebensmittelpreise höhere Teuerungsraten der Verbraucherpreise nach sich ziehen. Statt der Lebensmittelpreise stellt die Schätzung auf die Fleischpreise ab, die eine stärkere Fluktuation aufweisen. Daneben sind auch die inländischen Faktoren bei der Inflationserklärung relevant. Dies gilt sowohl für die Liquidität, die über das von der Geldnachfrage vorgezeichnete Niveau hinausgeht, als auch für die Löhne, die die Produktivitätsentwicklung übertreffen. Die Relevanz inländischer Variablen ist neu und kann einen allmählichen Wechsel in den Inflationsdeterminanten darstellen. Untersucht man beispielsweise den Zusammenhang bis zum Jahr 2008, sind nur die internationalen Faktoren für die Belang. Dabei dominieren erneut die Lebensmittelpreise:

$$\pi_t = 0.002 + 0.015 \Delta oil_t + 0.129 \Delta meat_t + 0.035 dm_{t-3} +$$

(0.001) (0.008) (0.017) (0.042)

$$0.029 dw_{t-3} + 0.229 \pi_{t-1}$$

(0.068) (0.124)

$$R^2 = 0.773, Q(1) = 0.692, Q(4) = 7.834,$$

(0.406) (0.098)

$$ARCH(1) = 0.611, JB = 0.596$$

(0.443) (0.742)

Eigene Berechnungen. Saisonbereinigte Quartalsdaten, Zeitraum von 2002Q1 bis 2010Q4. Inflationsrate ( $\pi$ ), Ölpreise ( $oil$ ), Fleischpreise ( $meat$ ), überschüssige Liquidität ( $dm$ ) und Löhne ( $dw$ ). Alle Nivaugrößen sind logarithmiert.  $\Delta$  bezeichnet den Erste-Differenzen-Operator.  $R^2$  ist das korrigierte Bestimmtheitsmaß.  $Q$ -Test auf Autokorrelation,  $ARCH$ -Test auf Heteroskedastizität und Jarque-Bera ( $JB$ ) Test auf normalverteilte Residuen. Die entsprechende Lagordnung wird in Klammern hinter der jeweiligen Teststatistik ausgewiesen. Werte in Klammern unter den Regressionskoeffizienten sind Standardfehler, unter den Teststatistiken  $p$ -Werte.

Während die Einflüsse der internationalen Faktoren genauso groß sind wie in der Schätzung über den gesamten Zeitraum, sind die nationalen Erklärungsvariablen nicht signifikant, wenn die letzten zwei Jahre unberücksichtigt bleiben. Dies zeigt, dass ihre Bedeutung in den vergangenen Jahren zugenommen hat.

Die Schätzung für den Zeitraum von 2002 bis 2010 steht im Einklang mit den theoretischen Erwartun-

<sup>5</sup> Die Residuen sind weder autokorreliert noch heteroskedastisch und zeigen keine signifikanten Abweichungen von der Normalverteilungsannahme.

### Wirtschaftspolitische Implikationen

Während bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise die Inflation in China vorwiegend durch Weltmarkteinflüsse determiniert war, sind in jüngster Zeit auch inländische Faktoren von Bedeutung. Allerdings bleiben die Lebensmittelpreise, die in hohem Maß auf dem Weltmarkt bestimmt werden, die wesentliche Triebfeder der Entwicklung. Dies ergibt sich allein schon aus dem hohen Anteil von Nahrungsmitteln im Warenkorb der chinesischen Haushalte.

Es bleibt abzuwarten, wie die chinesische Regierung das Inflationsproblem weiter angehen wird. Der internationale Preisdruck dürfte bei einer schwächeren Gangart der Weltnachfrage künftig nachlassen. Die importierte Inflation kann auch durch eine weitere Aufwertung des Renminbi eingedämmt werden. Obwohl man damit die Exporte schwächt, könnte ein solcher Schritt etwa auf internationalen Gipfeln angeboten werden. Eine Aufwertung Chinas kann jedoch auch zu einer Zunahme der Inflation in den Industrieländern beitragen, weil

die Kosten durch die dann teureren chinesischen Zulieferungen in internationalen Produktionsketten steigen.<sup>6</sup> Hinsichtlich der inländischen Faktoren würden geringere Lohnerhöhungen dem Ziel entgegenlaufen, künftig stärker auf die Binnenkonjunktur zu setzen. Ein Hemmnis auf diesem Weg ist die traditionell hohe Sparquote, die durch höhere Löhne, bessere soziale Sicherung und Umverteilung der Einkommen reduziert werden soll. Damit wird der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoinlandsprodukt, der in den letzten Jahren rückläufig war, wieder erhöht. Insgesamt bleibt also vor allem die Zentralbank gefragt, durch Abschöpfung von Liquidität die Inflation abzubauen. Die damit verbundene Drosselung der inländischen Nachfrage könnte allerdings einen möglichen Wirtschaftsabschwung in China verstärken.

---

<sup>6</sup> Siehe auch Dreger, C., Zhang, Y. (2011): The Chinese impact on GDP growth and inflation in the industrial countries. DIW Diskussionspapier Nr. 1151.

Prof. Dr. Christian Dreger ist Leiter der Abteilung Makroökonomie | [cdreger@diw.de](mailto:cdreger@diw.de)

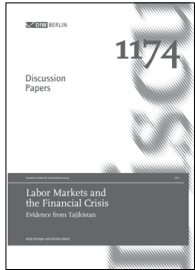
Yanqun Zhang ist Senior Economist am Institute of Quantitative and Technical Economics, Chinese Academy of Social Sciences.

JEL: E 31, E 41

Keywords: Chinese Inflation, domestic and foreign factors, money demand

Discussion Papers Nr. 1174/2011

Antje Kröger, Kristina Meier



## Labor Markets and the Financial Crisis: Evidence from Tajikistan

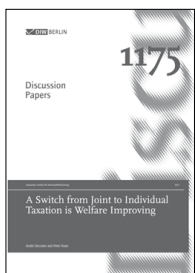
The financial crisis in 2008/2009 substantially influenced the everyday social and economic life of many Tajik people, including their behavior in the labor market. However, not much is known about the dynamics of the labor markets of the transition economies, especially in the context of the current financial crisis. Arguably, this is mainly due to paucity of panel data. In this paper, we aim to study the impact of the economic crisis on individual labor market outcomes in Tajikistan. This is the first study investigating the possible impact of the financial crisis in a transition country and uses a unique panel data set from Tajikistan. Although an impact evaluation in the true sense is impossible, due to the lack of a control group, comparing before and after-crisis outcomes can give insights as to how the crisis might have affected labor market outcomes. We do this by calculating transition probabilities between employment categories between 2007 and 2009, using a simple count method as well as predicted probabilities from multinomial probit regressions. Our results suggest an increased probability of moving into unemployment, inactivity or unpaid work during the crisis, with the self-employed being at more risk than the wage employed. This effect is more pronounced for females, as well as for very young and very old individuals. We also find that labor migration (predominantly to Russia) could be a mitigation strategy during the crisis.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

---

Discussion Papers Nr. 1175/2011

André Decoster, Peter Haan

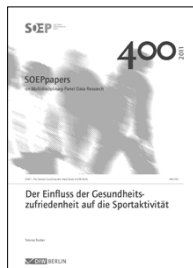


## A Switch from Joint to Individual Taxation is Welfare Improving

In this paper we empirically derive the welfare effects of a shift from joint taxation with full income splitting to a revenue neutral system of individual taxation in Germany. For the empirical welfare evaluation we estimate the preference heterogeneity in the population and use normative welfare concepts proposed in Fleurbaey (2006) to solve the difficulties of comparison between, and aggregation of heterogeneous individuals and households. We show that, irrespective of the individual welfare measure we use, individual taxation would on average increase individual welfare. Moreover, as far as the aggregation is concerned, we show that any social planner, ranging from a utilitarian to a Rawlsian one, would come to the same conclusion: a policy change which replaces joint taxation with full splitting by individual taxation, would be welfare improving.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

SOEPPapers Nr. 400/2011  
Simone Becker



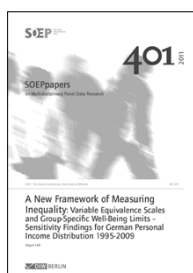
## Der Einfluss der Gesundheitszufriedenheit auf die Sportaktivität: eine empirische Längsschnittanalyse mit den Daten des sozio-oekonomischen Panels

Sport zur Gesundheitsbeeinflussung ist in westlichen Industriegesellschaften ein gesellschaftlich akzeptiertes Mittel. Da jedoch die meisten existierenden Studien auf Querschnittdaten beruhen, lassen sich auf der Grundlage dieser Studien keine kausalen Aussagen zur komplexen Wechselwirkung von Sport und Gesundheit treffen. Es stellt sich also die Frage, ob Sportler gesünder sind, weil sie Sport treiben oder ob Gesunde mehr Sport treiben. Die durchgeführten

Analysen beziehen sich auf Daten aus dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP). Die SOEP-Auswertungen belegen, dass eine hohe Gesundheitszufriedenheit den Beginn eines sportlichen Lebensstils fördert und das Abbruchrisiko sportlicher Aktivität reduziert.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)

SOEPPapers Nr. 401/2011  
Jürgen Faik



## A New Framework of Measuring Inequality: Variable Equivalence Scales and Group-Specific Well-Being Limits: Sensitivity Findings for German Personal Income Distribution 1995–2009

The discussion paper examines sensitivity influences on the German personal income distribution in a time-series perspective and in a methodically broad manner. The author spins on the following “adjusting screws” of distributional analyses: (1) different kinds of equivalence scales, (2) different demarcations of income areas (in the sense of social classes), (3) different inequality indicators, and (4) different income operationalisations. Furthermore, the new approach related to measuring

income inequality, which is presented in the paper and which incorporates variable equivalence scales, is applied to socio-demographic stratification in Germany to exemplarily demonstrate the power of this new approach. All in all, the analyses of the paper point to the necessity of a rigorous methodological foundation of distributional studies, especially concerning the selection of a set of (preferably variable) equivalence scales, the choice of the inequality indicator, and—not least—of the income variable. This paper refers to data from the German Socio-Economic Panel (1995-2009) in contrast to FaMa discussion paper 6/2010 which partly was similar to this paper but methodologically less elaborated; the last-mentioned paper was related to the German Income and Consumption Surveys (“Einkommens- und Verbrauchsstichproben”) 1993–2003.

[www.diw.de/publikationen/soeppapers](http://www.diw.de/publikationen/soeppapers)



Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Nach der Schicksalswoche: Zu kurz gesprungen

---

Die Erwartungen waren hochgesteckt, als mit dem Treffen von Merkel und Sarkozy am vorvergangenen Montag bis zum EU-Gipfel am Freitag der (mal wieder) scheinbar entscheidende Kampf um den Erhalt der Währungsunion ausgefochten wurde. Und ja: Europa ist der Lösung der Krise einen Schritt näher gekommen. Eine stärkere fiskalpolitische Koordinierung ist ein wichtiger Grundpfeiler für eine stabile Währungsunion. Auch automatische Sanktionen bei der Verletzung von fiskalischen Stabilitätskriterien, wie sie jetzt vereinbart wurden, sind nach den desillusionierenden Erfahrungen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt grundsätzlich zu begrüßen. Dass die Einigung ohne Beteiligung Großbritanniens zustande kommt, ist nicht schön – dass aber die Euro-Länder notfalls alleine vorangehen und sich nicht von Outsidern blockieren lassen, ist dennoch die richtige Entscheidung.

Klar ist trotzdem, dass die Beschlüsse alleine nicht ausreichen, um den Bestand der Währungsunion langfristig zu sichern. So ist fraglich, wie die jetzt vereinbarten Sanktionen durchgesetzt werden können, wenn die Akzeptanz der europäischen Institutionen so gering ist wie zuletzt. Ein Blick nach Athen zeigt, wie schwierig es ist, Sparprogramme durchzusetzen, wenn diese von der Bevölkerung gleichgesetzt werden mit einer Einmischung aus Brüssel oder, schlimmer noch, aus Berlin. Wenn die Regeln wirklich Bestand haben sollen, dann müssen die Menschen in Europa eine Beziehung zu den regierenden Institutionen herstellen können. Dies wird nur funktionieren, wenn mit der ökonomischen auch eine politische Integration einhergeht, wenn Europa mehr demokratische Legitimation verliehen wird. Gelingt es darüber hinaus, durch die Übertragung von Kompetenzen von den nationalen Regierungen an europäische Institutionen die Vorstellung von der EU als Agrar-Umverteilungsbürokratie zu entkräften, dann wird vorstellbar, dass die europäische Integration tatsächlich zu einer stabilen Währungsunion und zu einem Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaft(en) führt.

In einem zweiten Aspekt greifen die Beschlüsse der letzten Woche zu kurz: Die Beschränkung der Neuregelungen auf fiskalische Fehlentwicklungen wird den Ursachen der Krise nicht gerecht. In erster Linie haben wir es mit einer Zahlungsbilanzkrise zu tun: Die betroffenen Länder – und nicht nur ihre Regierungen – sind überschuldet, weil in den letzten Jahren zu viel Kapital aus den reichen Nordländern in den Süden geflossen ist. Das ist für sich genommen kein Problem: Wenn den weniger entwickelten Ländern Investitionskapital zufließt, damit dort mehr Wachstum entsteht, ist das völlig in Ordnung. Das Problem bestand darin, dass das Kapital in den Zielländern weitgehend unproduktiv verwendet wurde und deshalb nicht für nachhaltiges Wachstum gesorgt hat: In Griechenland floss es in einen aufgeblähten Staatssektor und in Spanien in eine Immobilienblase, deren Platzen die Arbeitslosigkeit jetzt auf fast 25 Prozent hochgetrieben hat. Es hätte in den Vereinbarungen also nicht nur darum gehen dürfen, für fiskalpolitische Stabilität zu sorgen. Nein, darüber hinaus ist dafür zu sorgen, dass sich Fehlentwicklungen nicht wieder in abrupt platzenden Blasen und den damit einhergehenden Vermögensverlusten entladen können. Mit einer strikteren Regulierung des Bankensektors steht man aber noch ganz am Anfang.

Dass die Krise nach den Beschlüssen der letzten Woche gelöst wäre, ist aber ohnehin eine Illusion. Die – notwendigen und sinnvollen – institutionellen Änderungen lösen nicht das akute Liquiditätsproblem Italiens oder Spaniens, geschweige denn die Solvenzprobleme der griechischen Regierung. Eine Vergrößerung des Rettungsschirms oder eine verstärkte Intervention der Europäischen Zentralbank auf dem Kapitalmarkt ist damit alles andere als vom Tisch. Aller mittelfristigen Weichenstellungen zum Trotz: Die Krise wird uns noch eine Weile begleiten; wenn Europa jetzt zurück in die Rezession schlittert – und die Anzeichen hierfür mehren sich –, könnte die Situation sich noch einmal verschärfen. Uns steht ein harter Winter bevor.